

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)	26.03.2012

Übersicht über die für Fahrradfahrer/innen geöffneten Einbahnstraßen **hier: Nachfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 12.09.2011, TOP 10.2.18**

"Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass die Fragen der Bezirksvertretung mit der genannten Mitteilung unter Top 10.2.5 nicht beantwortet seien. Sie bittet daher um Vorlage der beschlossenen Übersicht."

Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 09.05.2011, TOP 9.2:

"Die Verwaltung wird gebeten, eine Übersicht in Hinsicht auf für Fahrradfahrer/innen geöffneten Einbahnstraßen zu erstellen. Dabei sollen folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

1. für Fahrradfahrer/innen geöffnete Einbahnstraße
2. von der Bezirksvertretung Ehrenfeld beschlossene und von der Verwaltung geprüfte Maßnahmen, die aber noch nicht umgesetzt worden sind
3. von der Bezirksvertretung Ehrenfeld beschlossene und von der Verwaltung noch nichtgeprüfte Maßnahmen
4. von der Bezirksvertretung Ehrenfeld beschlossene und von der Verwaltung geprüfte und von ihr verworfene Maßnahmen (hier sollte eine Begründung dafür erfolgen)
5. von der Verwaltung ohne Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorgesehene Maßnahmen.

Die Verwaltung wird fernerhin gebeten, einer entsprechenden Liste eine Karte beizufügen, die eine Übersicht über die Maßnahmen ermöglicht."

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung weist darauf hin, dass derzeit Übersichtspläne aller Einbahnstraßen für alle Stadtbezirke in ganz Köln erstellt werden. Es ist vorgesehen, Hauptrouten des Radverkehrs in den Bezirken zu definieren und die Prüfung der nicht geöffneten Einbahnstraßen im Zuge dieser Hauptrouten vorzuziehen. Das vorgesehene Verfahren wurde der Bezirksvertretung am 12.09.2011 vorgestellt.

Die zur Beantwortung der gestellten Fragen erforderlichen umfangreichen Recherchen würden innerhalb der Verwaltung einen unverhältnismäßig hohen Arbeitsaufwand bedeuten. Daher schlägt die Verwaltung der Bezirksvertretung vor, dass in der Mitteilung vom 12.09.2011 vorgestellte Verfahren abzuwarten.